

Wir wollen keine Kaiser-Wilhelm-Schule!



**Für eine demokratische Schule
NEIN zu diesem Schulgesetz!
Recht auf gute Bildung für alle!**

Dem Landtag liegt der Entwurf der hessischen Landesregierung für ein neues Schulgesetz zur Beratung vor. Wenn das Gesetz, wie beabsichtigt, in den nächsten Wochen beschlossen wird, hätte das weitreichende negative Konsequenzen für Hessens Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer:

- Zentrale Prüfungen werden ausgebaut, der bereits heute immense **Leistungs- und Prüfungsdruck** wird weiter verschärft.
- Der Irrweg mit **G8** wird weiter beschritten.
- Die frühe **Auslese** nach der Klasse 4 wird nicht überwunden, sondern durch die neue „Mittelstufenschule“ noch zementiert.
- Das Recht auf **gemeinsame Beschulung von Menschen mit und ohne Behinderungen** (Inklusion) wird ausgehöhlt. Bisher erreichte Qualitätsstandards sollen abgebaut werden.
- Die Landesregierung setzt auf eine Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse bis hin zu **Leiharbeit an Schulen**. Gute pädagogische Arbeit braucht aber ausgebildete Lehrkräfte und Beständigkeit.
- Schulen werden zu Betrieben umgebaut, die sich dann „Selbstständige Schulen“ nennen. In Wirklichkeit aber geht es um weitere Haushaltskürzungen, die die Schulen dann „selbstständig“ umsetzen sollen. Das Gerede von der „Selbstständigkeit“ dient vor allem dazu, dass sich die Politik aus der Verantwortung stehlen kann. Allein im Jahr 2011 wurden im Schuletat 45 Millionen gekürzt. 2012 sollen es weitere **68,3 Millionen** werden. Ein Ende ist nicht in Sicht!
- Berufsschulen sollen selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts und damit allmählich aus dem staatlichen Schulsystem herausgelöst werden. Mittelfristig zielt auch diese Maßnahme auf weitere **Privatisierung**.
- Demokratie in Schulen wird abgebaut: Es erfolgt kein Ausbau der Beteiligungsrechte von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern. Zudem werden im Entwurf einer neuen Dienstordnung sowohl die **Rechte der Beschäftigten als auch die pädagogische Freiheit** nicht mehr erwähnt. Schulleiterinnen und Schulleitern soll sogar verboten werden, sich öffentlich zu Bildungsbelangen zu äußern. Gleichzeitig werden sie beauftragt, sich ihren „Führungsnachwuchs“ nach eigenem Gutdünken zu rekrutieren.
- Das neue Schulgesetz sieht eine **allgemeine Ermächtigung des Kultusministeriums** vor, Dinge des Schulwesens in Zukunft ohne Beteiligung des Parlamentes zu regeln. Auch hier also Demokratieabbau!

Nein zu einer Politik, die sich aus der Verantwortung stiehlt!

Für eine gute finanzielle Ausstattung der Schulen und das Recht auf gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen!

Statt dieser „Selbstständigen“ fordern wie die Demokratische Schule:

- **Staatliche Bildungsverantwortung statt Kundenorientierung**
- **Organisierte Kooperation statt deregulierte Konkurrenz**
- **Demokratische statt betriebsförmige Organisation**
- **Berufsethos statt Unterrichtsbeschäftigtentum**
- **Kollegiale Schulleitung statt Schulmanager**
- **Pädagogische Freiheit statt Outputsteuerung**
- **Verlässliche Ressourcen statt Mangelverwaltung**
- **Schulämter als schulnahe Service- und Unterstützungssysteme**